

Liebe Genoss_innen,

hiermit bewerbe ich mich um einen Listenplatz für die im September anstehende Bundestagswahl 2017. Am Samstag, 4. Februar diesen Jahres, wurde ich auf dem Kreisparteitag des Kreisverbandes Kleve zum Direktkandidaten im Wahlkreis 112 Kleve gewählt. Diese Bewerbung soll deshalb auch hervorheben, dass es mir ein ernstes Anliegen ist, die Politik im Bund zukünftig aktiv mitgestalten zu wollen.

Ich bin seit Oktober 2013 Mitglied der Partei, anfangs im Kreisverband Dithmarschen in Schleswig-Holstein, seit Jüngstem aber wie bereits erwähnt im Kreisverband Kleve. Ich wohne seit über zweieinhalb Jahren aufgrund meines „Gender & Diversity“-Studiums an der internationalen Hochschule Rhein-Waal in Emmerich.

Dass ich mich 2014 dazu entschlossen habe, mein BWL-Studium in Heide abzubrechen und einen Neuanfang am Niederrhein in einem sozialen Studiengang zu versuchen, kam nicht von irgendwoher: Rassismus, Sexismus und Homo-Hass sind nicht nur Probleme der Vergangenheit. Mit dem Erstarken faschistischer Kräfte, werden ebendiese menschenfeindlichen Einstellungen wieder hoffähig gemacht. Schamlos wird in unserer Gesellschaft wieder offen gegen diejenigen gehetzt, die anders sind und nicht in die kleinkarierten Raster der am rechten Spektrum anzusiedelnden Parteien passen. Die sogenannte „Alternative in Deutschland“ in unserem Land, die FPÖ in Österreich, Donald Trump in den USA und der Front National in Frankreich: Sie alle sind in den letzten Jahren deutlich erstarkt und die Zustimmung aus der Bevölkerung scheint nicht abzureißen. Das ist ein großes Problem, denn die Politik dieser Parteien und Personen ist von faschistoiden Inhalten geprägt – verpackt unter dem Deckmantel einer Politik für die von der Politik der letzten Jahre Vernachlässigten.

Wer die AfD wählt, ist nicht zwangsweise auch ein Rassist, macht sich aber mit Rassist_innen gemein und unterstützt sie in ihren Zielen. Nicht selten möchten die Wähler_innen solcher Parteien aber in erster Linie „denen da oben“ einen Denkmittel verpassen. Das ist fatal, denn vor allem die wirtschaftlich schwachen Menschen, wie z.B. Arbeitslose, Rentner_innen oder Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, fühlen sich oft von der neoliberalen Politik der letzten Jahre, Jahrzehnte und der Gegenwart im Stichgelassen. Für diese Menschen ist das Wählen der AfD ein Schuss in das eigene Knie: Die AfD steht für eine Ausdünnung bis hin zur Abschaffung des Sozialstaates. Kürzungen von Hartz-IV-Bezügen, strängere Sanktionen, Abschaffung des Mindestlohnes und finanzielle Entlastungen für die wirtschaftliche Elite – das sind neben all der Fremdenfeindlichkeit die weniger bekannten Positionen der rechtspopulistischen Partei.

Wenn nun allerdings die SPD unter dem Kanzlerkandidaten Martin Schulz im Wahlkampf von „sozialer Gerechtigkeit“ spricht, so ist das nicht nur wenig glaubhaft. Es ist vor allem abzusehen, dass diese soziale Gerechtigkeit eine der Neoliberalen sein wird. Diese soziale Gerechtigkeit der Neoliberalen lässt sich in der aktuellen Legislatur gut erkennen: So ist ein Mindestlohn eine Forderung, die unsere Partei schon seit jeher stellt. Die SPD feiert sich für die Einführung eines ebensolchen, ignoriert aber, dass 8,50 € oder auch 8,84 € seit dem 1. Januar diesen Jahres nicht ausreichen, um ausreichend für die Rente vorzusorgen. Um einem Leben in Altersarmut vorzubeugen, benötigt es dringend einen Mindestlohn von 12 €.

Außerdem halte ich es für fatal, davon zu sprechen, dass Menschen in Arbeitsverhältnissen nicht in Armut leben sollten. *Niemand*, egal ob erwerbstätig oder nicht, ob jung oder alt und ganz egal, welcher Herkunft, sollte in einem so reichen Land wie dem unseren in Armut leben müssen. Dazu gehört auch, dass Hartz IV durch eine tatsächliche und soziale Mindestsicherung ersetzt wird. Dass Menschen in

Deutschland sanktioniert werden dürfen, ihnen alle Bezüge gestrichen werden dürfen, man ihnen den Strom und Warmwasser abdrehen darf, halte ich für eine Perversität sondergleichen. Hier müssen wir definitiv aktiv werden und Änderungen fordern oder bei einer entsprechenden Regierungsbeteiligung dringend durchsetzen. Wir sind die einzige Partei, die an von solcherlei unmenschlichen Umständen Betroffenen denkt – diese Leute haben keine Lobby.

Mithilfe eurer Stimme bekomme ich die Chance, in Zukunft eine Politik der tatsächlichen sozialen Gerechtigkeit im Bund aktiv mitzugestalten und rechten Kräften so Einhalt zu gebieten. Lasst uns gemeinsam Lösungen für die wirtschaftlich Schwachen und unter dem neoliberalen System leidenden Menschen finden und ihr Vertrauen in die Politik wiedergewinnen.

Zur Person:

geboren am 02.09.1992 in Ratzeburg, Schleswig-Holstein

seit September 2013:
Mitglied DIE LINKE

06/2013:
Fachhochschulreife und staatlich anerkannter kaufmännischer Assistent, BBZ Mölln

09/2013 – 08/2014:
Studium der Betriebswirtschaft, FH Westküste, Heide

seit 09/2014:
Studium Gender and Diversity, Hochschule Rhein-Waal, Kleve

seit 11/2015:
Mitglied des Studierendenparlaments (seit 12/2016 mit eigens gegründeter und etablierter Liste "LEFT LIST")

Februar 2017:
Gründung der Basisgruppe Kreis Kleve der Linksjugend [’solid] auf meine Initiative hin

Weiteres:

03/2014 – 08/2014:
Gründungsmitglied und Sprecher der "Bürgerinitiative gegen CO2 Endlager e.V. Regionalgruppe Dithmarschen"

01/2016:
Gründung und Sprecher des Klever Flüchtlingsprojektes "MY FIRST STEPS" in Kooperation mit der Stadt Kleve

07/2010 – 11/2012

und seit 08/2016:

Nebenberufliche Tätigkeit als Aushilfe im Lebensmitteleinzelhandel, Marktkauf Söllau Ratzeburg

Kontakt:

E-Mail: kontakt@ferdinand-niemann.com

Facebook: fb.com/ferdinand.niemann

Twitter: twitter.com/ferdicted

Webseite: ferdinand-niemann.com